

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erkhelet jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Postzelle 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Demokratie und sozialer Ausgleich

Albert Thomas, Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, hat einmal das Wort gesprochen: „Keine Demokratie kann bestehen... ohne wahren sozialen Ausgleich.“ — Das war ein tiefweises Wort.

Demokratie ist die Gemeinschaft aller Bürger, beruhend auf der Gleichberechtigung aller. Die Gesamtheit soll sich innig zur Einheit verbunden fühlen und als Ganzes das Gesamtwohl wollen und mit allen Kräften nach innen und außen fördern. — Wir sind erst eine junge Demokratie. Wenn man uns so oft — und nicht mit Unrecht — den Vorwurf macht, daß bei uns der demokratische Gedanke gar unvollkommen noch zum Ausdruck komme, so liegt das aber durchaus nicht nur an der politischen Jugend. Vielmehr ist der Hauptgrund für diese traurige Erscheinung im mangelnden sozialen Ausgleich zu suchen, der als Ausfluß selbstverständlicher Gerechtigkeit die Grundlage jeder Demokratie bilden muß.

Solange soziale Ungerechtigkeit herrscht, fühlen die Betroffenen sich nicht als frei, wissen sich vergewaltigt in einer Staatsform, auf deren Banner die Freiheit mit leuchtenden Buchstaben geschrieben ist, und Bitterkeit und Hohn gegen solche innere Unehrlichkeit erwachen. Staatsmüdigkeit ist die geringere Folge, Staatsfeindlichkeit das schlimmere, aber erhellende Uebel.

Und weiter. Wer sich sozial in stiefmütterlicher Lage findet, wer trotz besten Willens für sich und seine geliebte Familie kämpfen muß, um nur des Lebens äußerster Notdurft zu befriedigen, wer auch bei angestrengter Arbeit nur die Brosamen erhaschen kann, die von den Tischen der Reichen abfallen, ja, kann der Sinn für etwas anderes haben als dafür, wie er sich mühselig durchschlägt, vielleicht seine Lage ein wenig erleichtert und verbessert? Sein Ohr steht stets denen offen, die um seine Lage wohl Bescheid wissen und ihm nun Versprechungen bis in höchste Regionen machen, um selber an die politische Macht zu kommen. So erleben wir vor jeder Wahl das betäubende Schauspiel, wie der Kampf um die politische Macht vor den Seelen der Wähler ganz überwiegend und mit kluger Berechnung mit Versprechungen wirtschaftlicher Hilfe geführt wird. Wirtschaftliche Interessenpolitik wird auf den Schild

gehoben, und tatsächlich nimmt sie auch meist später einen großen Spielraum ein.

So aber ist keine Politik möglich, so kann keine Demokratie auf die Dauer gedeihlich leben und sich entwickeln. Politik, sei es äußere oder innere, muß immer Arbeit an der Gesamtheit sein, in der Demokratie Arbeit der freudigen Gesamtheit am Ganzen und zum allgemeinen Wohl. Nur wer wirtschaftlich mit beiden Füßen auf dem Boden steht, wird seinen Blick von eigennütigen Interessen hinweg in den nationalen Gesichtskreis erheben — auch hier noch die rechte Geisteshaltung vorausgesetzt, die durchaus nicht überall anzutreffen ist —, nur wer nicht in wirtschaftlichen Sorgen friert, kann Verständnis für den „goldenen Ueberfluß der Kulturpolitik“ aufbringen. Wer Ungerechtigkeit am eigenen Leibe täglich erfahren muß, wird schwerlich sich zu hoher entlagender Gerechtigkeit gegen andere aufschwingen. Wer unter dem Staate und seiner Verantwortlichkeit zu leiden hat, von dem kann billigerweise nicht erwartet werden, daß er in sich Begeisterung und Opfergeist für diesen aufspeichert und auslöst. Bei allgemeinem Kampf um den Futterplatz geht der leer aus, der nicht mitmacht.

Die „große“ Politik, d. h. eine großzügige, nationale Politik mit weitgestrecktem, überpersönlichem Rahmen ist eben nur möglich, wenn der soziale Ausgleich in möglichster Vollkommenheit vollzogen ist. Wer in der Sphäre sozialer Gerechtigkeit und edler Freiheit als Volkenschnitzwerkzeug atmet und lebt, wird, sofern er nicht verdorrten Geistesblutes ist, auch wieder reine Freiheit und Gerechtigkeit ausatmen. Es müssen Kräfte vorhanden sein, die sich nicht um des eigenen Lebensbedürfnis verzehrt haben, die als Ueberfluß für die Gesamtheit eingesetzt werden können.

Wir sind nicht ungerichtet. Die Jugendzeit unseres Staates fiel mit schwersten wirtschaftlichen Krisen zusammen, und ein schweres Erbe aus der Vergangenheit belastete ihn außerdem. Somit Entschuldigung für früher. Nun aber ist es hohe Zeit, der aufwachsenden und erstarkenden Demokratie das allein feste Fundament zu geben. Zeit darf nicht mehr verloren werden. Ueber allen Regierungsräten sollten in großen Buchstaben jene tiefweisen Worte stehen: „Keine Demokratie kann bestehen ohne wahren sozialen Ausgleich.“
Georg Nowotnick.

die Saisonarbeiter, vor allem die Bauarbeiter, eine arbeitscheue Gesellschaft, die nur durch äußersten Hungerdruck zur Arbeit gezwungen werden kann.

Wir waren aus dem Staunen über diese Vorschläge noch nicht heraus, da wurde die Tatsache bekannt, daß im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter, wie sie der Beschluss der Reichsanstalt für WAB. und auch die Regierungsvorlage vorsah, abgelehnt und an deren Stelle beschlossen worden sei, die Leistungen der Arbeitslosenversicherung dergestalt zu strecken, daß nicht sechs Wochen volle Unterstützung, sondern 12 Wochen halbe Unterstützung gezahlt wird. Das ist die restlose Verwirklichung des Vorschlages der Deutschen Volkspartei. — Der „Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst“ fügt dieser Mitteilung hinzu: „Mit der Sonderfürsorge des Reiches fällt die Bedürftigkeitsprüfung weg, an der die Sozialdemokraten offenbar keinen Geschmack finden. Vergewaltigt man sich die Verhandlungen im Verwaltungsrat der Reichsanstalt, so kommt man zu dem Schluss, daß die viel gerühmte einheitliche Taktik der Sozialdemokraten dann zur Illusion wird, wenn Agitationsbedürfnis und sachliche Ueberlegung über's Kreuz geraten. Auf die Auseinandersetzung im Reichstag zwischen dem Minister, der die Bedürftigkeitsprüfung für die Saisonarbeiter als zweckmäßig empfand, und seinen Parteigenossen, denen sie ein Greuel ist, kann man gespannt sein.“ Aus dieser Äußerung des „Politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes“ — und er ist im allgemeinen gut unterrichtet — muß geschlossen werden, daß auch die Sozialdemokraten für den Vorschlag der Deutschen Volkspartei gestimmt haben. Der „Vorwärts“ bringt freilich eine Notiz, die sich gegen den Beschluss des sozialpolitischen Ausschusses wendet. —

Wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß wir der vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt beschlossenen Regelung innerlich ablehnend gegenüberstehen. Immerhin war sie besser als der neue Vorschlag. Die Stellungnahme des sozialpolitischen Ausschusses läßt deutlich erkennen, daß man die Bauarbeiter am liebsten ganz aus der Arbeitslosenversicherung heraussetzen möchte. D. h. nur aus dem Unterstützungsbezug, die hohen Beiträge sollen sie weiter bezahlen dürfen.

Als die Vorgänge im Reichstagsausschuss bekannt wurden, waren gerade Hauptvorstand, Verbandsausschuss und Bezirksleiter unseres Verbandes in Berlin versammelt. Sie haben sofort schärfsten Protest bei den zuständigen politischen Stellen erhoben und den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften sowie den Deutschen Gewerkschaftsbund um Unterstützung ersucht. Der Hauptvorstand wird auch weiter alles tun, um zu verhindern, daß vom Plenum des Reichstages eine für die Bauarbeiter unerträgliche Regelung beschlossen wird.

Wann kommt das Bodenreformgesetz?

Der bekannte Führer der Bodenreform Dr. Damasko teilte auf dem Anfang Oktober in Koblenz abgehaltenen 2. Deutschen Bodenreformtag mit, daß die Beratungen über die endgültige Fassung des Bodenreformgesetzes in allernächster Zeit im Reichsarbeitsministerium beginnen werden. Die erste Sitzung hat nun am 17. Oktober stattgefunden, und man wird nicht eher zur Ruhe kommen, bis das Gesetz verwirklicht ist. Der Ursprung des Gesetzes liegt weit zurück. Die Nationalversammlung nahm mit großer Mehrheit den Artikel 155 der Reichsverfassung an, in dem es u. a. heißt:

„Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird von Staats wegen in einer Weise überwacht, die Mißbrauch verhindert und dem Ziele zustrebt, jedem Deutschen eine gesunde Wohnung und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- oder Wirtschaftshelmsstätte zu sichern.“

„Berufsübliche Arbeitslosigkeit“ und Reichstag

Der Beschluss der Reichsanstalt vom sozialpolitischen Ausschuss noch verschlechtert!

Die von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge beschlossene Sonderregelung für den Unterstützungsbezug der Saisonarbeiter ist unseren Kollegen bekannt. In der Zeit von vier bzw. drei Wintermonaten soll in Fällen sogenannter „berufsüblicher Arbeitslosigkeit“ die Arbeitslosenunterstützung nur für sechs Wochen gezahlt werden. Dauert die Arbeitslosigkeit länger, so wird weiter Unterstützung nach den Grundsätzen der Arbeitslosenversicherung gewährt, jedoch nur im Falle der Bedürftigkeit. Die Kosten für diese Sonderfürsorge soll in der Hauptsache das Reich tragen.

Diese von der Reichsanstalt für WAB. beschlossene Sonderregelung ist noch nicht in Kraft getreten. Sie bedeutet nämlich hinsichtlich der Sonderfürsorge eine Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes, und eine solche kann nur vom Reichstag beschlossen werden.

Die Regierung trat, woran übrigens von vornherein nicht gezwweifelt werden konnte, den Beschlüssen der Reichsanstalt bei. Sie ließ dem Reichstag eine Vorlage zugehen, worin für die Zwecke der genannten Sonderfürsorge 28 Millionen RM. angefordert wurden. Die näheren Bestimmungen über diese Sonderfürsorge sollten als § 101a dem Arbeitslosenversicherungsgesetz eingefügt werden.

Die Beratung im Plenum des Reichstages ergab keine volle Klarheit über die Stellungnahme der Parteien. Man überwiegt die Vorlage schließlich dem sozialpolitischen Ausschuss, um sie dort „zu verbessern“. Das war Ende November.

Am 4. Dezember teilte der „Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst“ mit, es sei nicht mit einer unveränderten Annahme der Regierungsvorlage durch die Regierungsparteien zu rechnen. Die Deutsche Volkspartei habe zwei Abänderungsvorschläge gemacht. Einmal solle die Landwirtschaft ganz aus der Arbeitslosenversicherung herausgenommen werden. Der zweite Vorschlag ginge dahin, für Saisonarbeiter während des Winters die Arbeitslosenunterstützung durchgängig auf die Hälfte der bisher gewährten Sätze zu kürzen. Veranlaßt sei dieser Vorschlag durch die Ueberlegung, daß die Saisonarbeiter in der Regel ihr Bezugsrecht in der Arbeitslosenversicherung für den Zeitraum von sechs Wochen voll ausnützten und erst dann daran gingen, sich nach einer sogenannten Winterfällarbeit umzusehen. Die Senkung der Sätze auf die Hälfte solle erreichen, daß der Saisonarbeiter früher und auch energischer als bisher sich nach anderer Arbeitsgelegenheit umsehe. Also nach der Ansicht der Deutschen Volkspartei sind

Am 10. Mai 1920 beschloß die Nationalversammlung als erste Etappe auf diesem Weg das Reichsheimstättengesetz. Kurz zuvor, am 29. April 1920, wurde fast einstimmig ein Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei angenommen, der die Reichsregierung ersuchte,

„inlichst bald einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Boden speculation und zur sozialen Umgestaltung des Enteignungsrechts, insbesondere auch in der Richtung vorzulegen, daß die Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsheimstätten durch Beschaffung billigen Bodens erleichtert wird.“

Ein „Ständiger Beirat für Heimstättenwesen“ wurde beim Reichsarbeitsministerium gebildet. Er sollte

„vor allem berufen sein, von sich aus der Reichsregierung Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten und die Reichsregierung bei der Überwindung der mannigfachen Hemmnisse zu unterstützen, die der Durchführung des Heimstätten-gedankens entgegenstehen.“

Die großen Berufsorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten aller Richtungen sagten ihre Mitwirkung zu, und der Altmeister der Bodenreform, Dr. Damaschke, übernahm den Vorsitz. Es wurden noch besondere Sachverständige in den Beirat hineingewählt. Dieser Beirat arbeitete dann einen Entwurf aus, der im Jahrbuch der Bodenreform, 2. Heft, Juni 1926, zum Abdruck gebracht ist. Oberbürgermeister Dr. Veltan, der Präsident des Reichs-jährtebundes, sagte zu dem Entwurf:

„Wer den Gesetzentwurf gründlich studiert, und zwar ohne jede eigennützige Nebenabsicht, der muß zu dem Resultat kommen, daß er im Interesse der Allgemeinheit liegt, daß er von den Städten und Gemeinden lebhaft begrüßt werden muß und daß er unbequem nur für diejenigen werden kann, die

aus dem deutschen Boden ohne Arbeit müheles Spekulationsgewinne ziehen wollen.“

Um den Entwurf wurde im Reichstag am 4. Mai 1926 lebhaft gekämpft. Der bekannte Führer der Wirtschaftspartei, Professor Bredt, stellte den Antrag auf namentliche Abstimmung, „um einmal genau festzustellen, wo hier im Hause die Bodenreformer sitzen und wo nicht“. Am 5. Mai 1926 wurde in namentlicher Abstimmung folgender Antrag mit 243 gegen 136 Stimmen angenommen:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, alsbald ein Wohnheimstättengesetz im Sinne des Entwurfs des „Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium“ vorzulegen.“

Dabei ist es ihm jetzt gelungen. Als Grund gibt der Vorsitzende Dr. Damaschke an, daß bald nach jener Abstimmung ein Wechsel in der Reichsregierung eintrat und die neue Regierung den vom Reichstag geforderten Entwurf nicht einbrachte und daß auch die Parteien, die für den Antrag gestimmt hatten, nichts für die Verwirklichung des Antrages taten.

Bei der letzten Regierung drängten die Bodenreformer nicht zu sehr auf die Verwirklichung des Gesetzes, weil dann doch kein verbessertes Gesetz zustande gekommen wäre. Jetzt aber, nachdem im neuen Reichstag von den 136 Reinsägern 48 nicht wiedergewählt sind; nachdem die Stimmen der Linksparteien zugenommen und wir eine sozialistisch-demokratische Regierung mit einem sozialistischen Reichsarbeitsminister haben, sollte man annehmen, daß die Reichsregierung nun auch bald ein Wohnheimstättengesetz im Sinne des Entwurfs des Ständigen Beirats vorlegt. Acht Jahre, nachdem die deutsche Verfassung beschlossen ist, die allen Deutschen eine entsprechende Wohn- oder Wirtschaftsheimstätte verspricht, muß endlich Ernst gemacht werden mit der Verwirklichung. Die kommenden Monate werden die Entscheidung bringen. Joseph Treffert.

Du klagst,

daß es Dir und Deiner Familie schlecht geht, daß Dein Lohn nicht ausreicht, die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Du schimpfst vielleicht über den Verband, weil er keine ausreichenden Lohnerhöhungen durchsetzt. Der Verband will Dir helfen. Aber er kann es nur, wenn Du mitarbeitest. Du mußt Dich an der Erhebung über die Lebenshaltung der Bauarbeiter beteiligen. Du kannst das auch, wenn Du Dich nur der kleinen Mühe unterziehst, ein Jahr lang Deine Einnahmen und Ausgaben sorgfältig zu buchen. Komme dieser Pflicht gegen Dich selbst, Deine Familie, den Verband und den ganzen Bauarbeiterstand schnell nach und schreibe umgehend an den Hauptvorstand, daß er Dir ein Haushaltsbuch schickt.

im selben Umfange wieder beginnen werde, wie es vorher ging. Denn: nicht nur, daß die Arbeiter ihre gesamten Ersparnisse, die teils wohl für die Weihnachtssäufe bestimmt waren, verzehren mußten; vielfach konnten die Haushaltungen über die Ausperrungszeit nur hinwegkommen, indem sie auf Kredit kauften (und die Kaufleute mußten Kredit geben, wollten sie nicht die Kundschaft verlieren), und diese Kredite müssen in den nächsten Wochen und Monaten zurückgezahlt werden, in der Zeit also, in der sonst gerade am meisten gekauft wurde.

Dies ist die eine Seite der Bilanz. Wie sieht die andere Seite aus? Man hat berechnet („Vossische Zeitung“ vom 2. Dezember), daß allein die Verzinsung des Anlagekapitals, die ja auch erfolgen muß, wenn nichts produziert wird, für den Ausperrungsmonat in den in Frage kommenden Betrieben mit mindestens 12 Mill. RM. anzusetzen ist. Dazu kommen die Gehälter der Angestellten, die während der Ausperrungszeit gearbeitet, wohl aber kaum produktiv gearbeitet haben, und ferner die sonstigen fixen Kosten (Lagerhaltung usw.). Weiter muß man die nicht geringen Kosten hinzuschlagen, die durch das Abziehen und Wiederinganggehen der Hochöfen, Walzstraßen usw. entstanden sind und noch entstehen. Rechnet man alle diese Beträge zusammen, so kann man sicher sein, daß sie eine größere Summe ausmachen, als das Objekt des Streites, die Erhöhung der Lohnkosten um sagen wir 20 Mill. RM. Haben die Unternehmer diese Rechnung nicht bereits vor Beginn des Kampfes gemacht? Wenn ja, dann müssen es andere Gründe gewesen sein, als die, die auf die Fahnen geschrieben wurden, die die Unternehmer bewogen, den Kampf aufzunehmen. Die Unternehmer und die ihnen nahestehende Presse bestreiten, daß sie den Kampf gegen das Prinzip der gegenwärtigen, staatslich sanktionierten Methode des Schlichtungswesens führen. Also noch andere Gründe?

Es ist bekannt, daß die deutsche Eisen- und Stahlindustrie in ihrer Mitgliedschaft zu der Internationalen Röhstahlgemeinschaft an die Bestimmungen dieser Gemeinschaft zur Regelung der internationalen Marktverhältnisse gebunden ist. Diese Bestimmungen besagen, daß das Land, das die ihm vorgezeichneten Absatzquoten überschreitet, Strafgebühren in die Kasse der Gemeinschaft bezahlen muß, daß aber auch die Unternehmer des Landes, dessen Produktion hinter der vorgezeichneten Quote zurückbleibt, Vergütungen aus dieser Kasse erhalten. Nun herrschte vor Beginn des Kampfes eine nicht unbeträchtliche Überproduktion an Roheisen und Röhstahl, die einmal hohe Strafquoten kostete, zugleich aber im Zusammenhang mit der rückläufigen Konjunktur das drohende Gespenst der Abjaktung und des Anwachsens der Lager herausbezwor. Die Ausperrung hat den Unternehmern die Bezahlung der Strafquote jedenfalls erspart, sie hat überdies den deutschen Markt wieder etwas verknappt, so daß gegenwärtig in größeren Mengen und wegen der fixen Kosten daher auch mit größerem Gewinn produziert werden kann. Es ist sogar denkbar, daß den Unternehmern auch die Rückvergütungen aus der Kasse der Internationalen Röhstahlgemeinschaft gezahlt werden. Dann würden sich für die Unternehmer allerdings die Kosten des Streites wesentlich verbilligen, ja, es kann sogar der Verdacht nicht von der Hand gewiesen werden, daß u. U. die Ausperrung — eingeleitet mit hochtönenden Phrasen — auch ein gutes Geschäft gewesen ist. Würde dies zutreffen, was man erst nachprüfen kann, wenn das gesamte Kalkulationsmaterial, das dem Innenminister Severing übergeben wurde, der Deffentlichkeit bekanntgemacht wird, dann wären damit neue Methoden der Konjunkturpolitik eingeschlagen worden, deren soziale Auswirkungen man sich eingehend vor Augen halten muß. Es wird mindestens ein Monat an Arbeitslöhnen gespart, durch die Ausperrung werden die Arbeiter gezwungen, teils ihre Ersparnisse zu verzehren, teils zugleich

Die Bilanz des Eisenkampfes

Der große Arbeitskampf in der nordwestdeutschen Eisenindustrie ist am Sonntag, 2. Dezember, beendet worden. Gegenwärtig ist die Wiederaufnahme der Arbeit in vollem Gange, namentlich in der eisenverarbeitenden Industrie, wo das Wiederinganggehen der Betriebe verhältnismäßig rasch bewerkstelligt werden kann. Während es bei der eisenverarbeitenden Industrie wohl noch einige Zeit dauern wird, bis die volle Beschäftigung der Werke einsehen kann. In absehbarer Zeit ist dann auch der Schiedsspruch des Reichsinnenministers zu erwarten, der die neuen Arbeitsbedingungen festsetzt, zu denen in der kommenden Zeit gearbeitet werden soll.

Zieht man den Bilanzstrich unter die letzten vier Wochen, so wird man in erster Linie die ungeheure Größe sich vergegenwärtigen müssen, die der Arbeitskampf angenommen hat. 200 000 bis 250 000 Arbeiter haben vom 1. November bis zum 1. Dezember feiern müssen. Das bedeutet, daß rund 6 Millionen Arbeitstage oder rund 50 Millionen Arbeitsstunden nicht gearbeitet und — nicht verdient worden sind. Das sind genau so viel verlorene Arbeitstage, wie im ganzen Jahr 1927 durch Streiks und Ausperrungen zusammen. Man sollte meinen, daß dieser Größe des Kampfes einigermaßen die Größe des Streitgegenstandes entsprechen würde, wenn man unterstellt, daß der Kampf irgendeinen Sinn und Zweck haben sollte.

Worum ging der Kampf? Der Schiedsspruch, den die Unternehmer mit der Ausperrung beanworteten, sah eine Lohnerhöhung vor, die nach Ansicht der Arbeitgeber die Lohnkosten der in Frage kommenden Werke um 4 bis 5 Prozent, nach Ansicht des Reichsarbeitsministeriums um 3 bis 4 Prozent steigern würde. Wenn man annimmt, daß der Wochenverdienst der Arbeiter vor der Ausperrung im Durchschnitt 50 RM. betragen hat, was ohne Zweifel ziemlich hoch gerechnet ist, so würde sich eine Jahreslohnsomme für die durch die Tarifänderung in Frage kommenden Arbeiter von rund gerechnet 600 Millionen RM. ergeben. Das Kampfobjekt würde also im äußersten Falle 30 Mill. RM., im niedrigsten Falle 18 Mill. RM. pro Jahr betragen haben. In Wirklichkeit war es aber noch geringer. Denn die Unternehmer haben sich ja nicht gegen eine Lohnerhöhung überhaupt, sondern nur gegen die Lohnerhöhung in dem Umfang gewehrt, wie er in dem Schiedsspruch vorgesehen war. Der wirtschaftliche Streitgegenstand entspricht also in keiner Weise dem Aufwand, den die Unternehmer für den Kampf gemacht haben. Hört man doch, daß sie eine geraume Zeitlang 2,5 Prozent der jeweiligen Lohnsumme für den Kampffonds bezahlen mußten. Noch weniger entspricht aber die Größe des Streitgegenstandes dem Schaden, der der Arbeiterchaft und darüber hinaus der gesamten Volkswirtschaft durch die Ausperrung entstanden ist.

Über diesen Schaden einige Zahlen: Die verschiedenen Berechnungen, die nach verschiedenen Methoden angestellt wurden, stimmen darin überein, daß die ausgesperrten Arbeiter, hätten sie im November

zu den gleichen Bedingungen gearbeitet wie vordem, rund 45 bis 50 Mill. RM. an Löhnen verdient hätten. Um diese Summe ist also das deutsche Sozialprodukt geschmälert worden. Daran änderte die Tatsache nichts, daß die Arbeiter zwar ohne Verdienst, nicht aber ohne Lebensunterhalt waren dank der Unterstützungen, die gezahlt wurden, um der dringendsten Not zu steuern. Diese Beträge sind aber kein ursprüngliches Lohn-einkommen, sondern Abzüge, die früher oder teilweise an anderer Stelle vom Einkommen gemacht worden sind. Dies trifft zu sowohl für die Mittel der staatlichen Unterstützung, die aus den Steuern bezahlt werden; dies gilt aber auch für die Unterstützungen der Gewerkschaften, die ja auch aus dem Einkommen der Arbeitnehmer stammen. Die Sätze der öffentlichen Unterstützung schwanken sehr, je nach dem Familienstand. So bekam z. B. pro Woche ein Verheirateter 13,50 RM., dazu für jedes Kind 3,50 RM., ein Lediger mit selbständigem Haushalt 12 RM., ohne eigenen Haushalt 8 RM.

Die Gewerkschaften zahlten je nach Alter, Mitgliedsdauer usw. wesentlich im Durchschnitt wohl 15 bis 20 RM. Rechnet man alles zusammen, so dürfte sich in der Woche eine Unterstützungssumme von etwa 4 bis 5 Mill. RM. ergeben. Einem Ausfall an tatsächlichem Lohneinkommen von 45 bis 50 Mill. RM. steht also eine Unterstützungssumme von etwa 16 bis 20 Mill. RM. gegenüber, so daß sich der Kaufkraftausfall ungefähr auf 30 Mill. RM. stellen dürfte. (Die Zahlen sind dem soeben erschienenen Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung entnommen.)

Zieht man von den Entbehrungen der Arbeiterhaushalte selbst ab, die durch einen solchen Einkommensverlust bedingt sind, und die sich in Zahlen überhaupt schwer ausdrücken lassen, so bedeutet dies vor allem, daß die Geschäftsleute, die von den Ausgaben der Arbeiter leben, mit einem entsprechenden Minus rechnen mußten. Dieser Verlust ist um so einschneidender, als sich die Ausperrung auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet erstreckt hat, und zwar auf ein Gebiet, in dem die Arbeiter der wichtigste Teil der Kundschaft sind. Man muß überdies berücksichtigen, daß von den Unterstützungsbeträgen zunächst die wichtigsten Ausgaben für Wohnung, soweit die Miete nicht gestundet wurde, abgehen. Dann erst folgen die Ausgaben für Ernährung, die sich auch nur in einer gewissen Grenze einschränken lassen. Am schärfsten hat daher vor allem der Einzelhandel in Bekleidung, Schuhen, Möbeln, Hausrat und sonstigen Dingen gelitten, die nicht zum unbedingt dringenden Lebensbedarf gehören. Hier sind die Rückgänge des Absatzes viel größer gewesen, als es einem Rückgang der Kaufkraft von 50 Mill. RM. auf 20 Mill. RM. entspricht. Hinzu kommt noch, daß diese Beeinträchtigung der Kaufkraft nicht auf den Monat November beschränkt bleibt, und die Geschäftsleute keineswegs damit rechnen können, daß nun mit Beginn der Arbeit das Geschäft gleich

auf Kosten der Allgemeinheit fähig zu leben.

Damit wäre es den Unternehmern gelungen, das Konjunkturrisiko von sich auf die Schultern der Arbeiterschaft und damit auch der Allgemeinheit abzuwälzen.

Mit aller Dringlichkeit wird man daher eine einwandfreie Klärung dieser Frage zu fordern haben, damit eine derartige mißbräuchliche Ausnutzung wirtschaftlicher Machtstellung in Zukunft nicht mehr zur Wirklichkeit werden kann.

Gestern und heute

Acht Jahre lang hat der den christlichen Gewerkschaften nahestehende Dr. Brauns an der Spitze des Reichsarbeitsministeriums gestanden.

Man sollte meinen, daß diese Tätigkeit des ehemaligen Arbeitsministers auch von allen Seiten Anerkennung gefunden hätte.

Mit einem Schlage änderte sich die Situation, als durch den Wahlsieg vom 20. Mai d. J. die Sozialdemokratie sich gezwungen sah, in die Regierung einzutreten und die Verantwortung mit zu tragen.

Am 15. Dezember 1928 ist der fünfzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1928 fällig.

grüßte es damals, daß der „wirtschaftsfeindliche“ Dr. Brauns auschied und an seine Stelle ein Mann kam, „von dem man annehmen konnte, daß er mehr Verständnis für die Belange der Wirtschaft habe, als sein Vorgänger“.

Als vor einigen Monaten der Lohnkonflikt in der Konfektionsbranche zu schlichten war, lehnte der Reichsarbeitsminister Wissell die Verbindlichkeitserklärung eines gefällten Schiedsspruches ab.

Bei der Streifbewegung im niederschlesischen Bergbau fällt der Schlichter für Niederschlesien einen Schiedsspruch, der den Bergarbeitern auf ihre Hungerlöhne eine Erhöhung von acht Prozent zubilligte.

Interessant ist bei allen diesen Dingen die Haltung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Zeitungen.

Die sozialistische „Volkswacht“ in Breslau glaubt sogar den Bauarbeitern anlässlich der Beratungen im Reichstag über die Sonderbestimmung und Sonder-

fürsorge in der Arbeitslosenversicherung sagen zu sollen, daß in Rußland die Bauarbeiter noch schlechter gestellt sind als in Deutschland, und bezeichnet die Handlungsweise des Arbeitsministers als „sozialpolitische Tat“.

Ob der sozialdemokratischen Arbeiterschaft angeht diese Vorkommnisse nicht bald die Augen aufgehen?

Allgemeine Rundschau

Gefährdung der Wohnungsbautätigkeit 1929

Am 1. April 1929 läuft die gesetzliche Regelung der Haus- bzw. Mietzinssteuer ab. An ihre Stelle sollte das Gebäudeeinkommensteuergesetz treten, das jedoch in der letzten Sitzung des Reichsrats die Verfassungsänderung notwendige qualifizierte Mehrheit nicht gefunden hat.

Der reine Machtkampf-Charakter der Eisen-Ausperrung

enthüllt sich bei der Betrachtung einiger aufschlußreicher Zahlen, die kürzlich von der „Frankfurter Zeitung“ zusammengestellt wurden.

Sang der Arbeit

Die Arbeit ist uns Herz des Lebens, Es pocht uns Brot und Freud und Leid.

Es müssen alle Räder laufen Blind in der großen Weltenuhr.

Wo Menschenwerk sich stolz aufredet, Den Erdentroststoff zu Gestalt

Die Ackerfurche und der Hammer, Die Hütte und der Riesendom,

Der Wilde ward zum Edelmenschen, Und Stadi und Volk und Vaterland

Georg Kld.

Deutsche Bauarbeiter in Südfrankreich

Mit dem Ausbau der Verbond-Wasserkräfte in den Nieder-Alpen begonnen!

Am 23. November d. J., um 19.43 Uhr, verließ der erste Trupp deutscher Bauarbeiter die Stadt Köln am Rhein, um die Reise nach dem Süden Frankreichs anzutreten.

Etwas besser war die Stimmung bei uns jüngeren, unberheirateten Kollegen, aber auch wir empfanden es bitter, Heimat und Familie auf ein Jahr entbehren zu müssen.

Mit dem Lied: „Muß i denn, muß i denn zum Städtele hinaus“ verließen wir das Vaterland.

Groß schauten wir auf, als wir von mächtigen Bergen, die nur mit wenigen Sträuchern bewachsen sind, umgeben waren.

Die Wohnungen, die wir bezogen, waren annehmbar. Unsere Sorge war nun, wie wird das französische Volk, besonders der französische Arbeiter, von uns und unserem Vorhaben denken.

Zwar können wir uns darüber noch kein endgültiges Urteil bilden, doch die Höflichkeit der Bevölkerung uns gegenüber muß anerkannt werden.

Junge auf der Straße zieht die Mühe ab, aber auch die Älteren sind freundlich und zuvorkommend.

Was das Kulturleben angeht, so möchten wir unter keinen Umständen das unsere mit dem des französischen Volkes im Süden vertauschen.

Heute ist Sonntag. Während des Gottesdienstes ist neben der Kirche der Schmied am hämmern und raspeln.

Freuen wir uns als deutsche Arbeiter, daß, wenn wir auch materiell arm sind, uns doch unsere deutschen Kulturgüter erhalten blieben.

Gewerkschaftlich-organisatorisch ist auf unserer Baustelle alles im reinen.

Wir sind und wollen bleiben ein einzig Volk von Brüdern.

von Eisen- und Walzwerkprodukten verpulvert werden. Die Eisenzölle sicherten der Eisenindustrie einen Mehrerlös von 150 Millionen RM. Es ist wohl möglich, noch andere ausschlagreiche Zahlen neben den von der „F. Z.“ angeführten zu erwähnen: 8 die 300 Millionen RM, die für den unwirtschaftlichen Ausbau von Koksofen zu Zwecken des Quotenkampfes von den Hüttenwerken aus laufenden Gewinnen ausgegeben wurden, oder die 100 Millionen RM, die vom Montantrust „Vereinigte Stahlwerke“ ihren Gründern aus den Vorjahrgewinnen auf einmal zurückgezahlt wurden.

Soziale Reaktion

Die „Textilarbeiter-Zeitung“, das Organ des christlichen Textilarbeiterverbandes, veröffentlicht in ihrer Nr. 49/1928 folgendes Rundschreiben, das der Arbeitgeberverband für die Bergische Textilindustrie an seine Mitgliedsfirmen gerichtet hat:

„Tagebuch 40 782.
Betr. Sonderumlage.“

Wir teilen Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß die außerordentlich stark besuchte Mitglieder-Versammlung unserer Fachgruppen vom 5. 11. 28 einstimmig beschlossen hat, für die Aufbringung der Mittel für die abgeschlossenen und ebl. noch zu erwerbenden Kämpfe in der Textilindustrie eine Sonderumlage, und zwar in Höhe von 3,00 der Jahreslohn- und Gehaltssummen des Jahres 1927 zu erheben. Dieser Betrag soll zur Hälfte am 1. 12. 1928 und mit der zweiten Hälfte am 1. 1. 1929 zahlbar sein.

Wir überreichen Ihnen in der Anlage die Berechnung der Sonderumlage für Ihre Firma und bitten um pünktliche Ueberweisung der Teilbeträge zu den angegebenen Terminen.

Riefsummen werden so von den Arbeitgebern aufgebracht, um neue Kämpfe gegen die Gewerkschaften zu finanzieren. Während in der Presse die selben Arbeitgeber immer wieder von ihrem „Friedenswillen“ reden und den Gewerkschaften die Schuld an den sozialen Kämpfen geben möchten.

Aus dem Verbandsleben

Braunschweig. Am 27. November fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden, Koll. Alb. Weber, ist zu entnehmen: Das Jahr 1928 war ein arbeitsreiches Jahr. Gleich zu Anfang des Jahres lief der Tarif ab. Mit den Arbeitgebern, die Verbehalten der Löhne in den ersten drei Klassen und Herabsetzung um 5 Pf. in den anderen Klassen verlangten, war ein schwerer Kampf durchzuführen. Nur der aufopfernden Arbeit unserer Führer ist ein Erfolg zu verdanken. Raum war diese Angelegenheit beigelegt, da trat die 16-Stundenwoche in den Vordergrund, mit der Verkehrsallage. Ein wichtiges Ereignis bildete die 15. Generalversammlung unseres Verbandes in Danzig, auf der wir durch den Kollegen Fütte vertreten waren. Unsere von der Verwaltungsstelle gestellten Anträge, Einführung der Erwerbslosenunterstützung, Wegfall der Beitragzahlung im Unterstützungsjahr und Einführung der Invalidenunterstützung gingen in Erfüllung. Zur Bezirkskonferenz in Hannover landeten wir die Kollegen Fütte, Weber und Koll. Das laufende Jahr brachte einen guten Aufschwung unserer Jugendgruppe, der besonders dem Jugendvorsitzenden, Kollege Koll. zu verdanken ist. Kollege Weber forderte die älteren Kollegen auf, sich mehr als bisher an den Bauabenden der Jugend zu beteiligen.

Versammlungen, die zum Teil gut besucht waren, fanden 10 statt, Vorstand- und Baudelegierten-Tisungen 30.

Nach einer Mahnung zur weiteren Agitation ehrte Koll. Weber die Jubilare in würdiger Weise. In seinen Schlussworten gab er der Hoffnung Ausdruck, daß bald noch mehr Kollegen als bisher den „Deutschen“ beistehen.

Dann erbatte Kollege Gotfried Fütte den Kassenbericht. Auch aus diesem ging hervor, daß die Verwaltungsstelle Braunschweig ein gutes Stück vorwärtsgekommen ist. Ganz besonders hervorzuheben ist, daß im dritten Vierteljahr die Einnahme über 3000 RM betrug bei einem Mitgliederbestand von über 30 in der Stadt Braunschweig.

Nach einer nicht sehr lebhaften Diskussion wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Mit geringen Veränderungen wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Am Schluß wurde die geplante Sonderregelung für Saisonarbeiter in der Arbeitslosenversicherung besprochen. Kollege Fütte machte auf den Kollkurs aufmerksam, der am 1. 5. und 6. Dezember hier in Braunschweig stattfindet.

Berne-Solingen. Schon im vorigen Jahre war in der Ortsgruppe der Baukoll. nach einem gewissen Zusammenstoß der Kollegen mit ihren Familienangehörigen laut geworden. Finanzielle Schwierigkeiten ließen den Plan vorerst nicht zur Ausführung gelangen. Erst im Oktober d. J. konnte dank der Opferwilligkeit der Kollegen eine Familienfeier beabsichtigt werden, die nun am 1. Dezember stattfand.

In den schönen Wegmannschen Räumen hatte sich eine stattliche Anzahl Geselle eingefunden, u. a. auch Kollege Artmann (Neudorf) und der alte Veteran Klaus von Bern.

Nach kurzer Begrüßung durch den Vorsitzenden, Kollegen Borsowald, eröffnete die Musik, angeführt von den beiden Söhnen des Kollegen Müller, das Programm. Bald sah man fleißige Frauenhände Kaffee-

beretten. Duftender Kuchen wurde aufgetragen. Ungefähr 40 Damen ließen sich am Kaffeetisch nieder und taten sich an den aufgetürmten Bergen von Kuchen und gutem, reinem Bohnenkaffee gütlich. In kernigen, mit Humor gewürzten Worten sprach nun Kollege Artmann zu den Frauen. Er forderte sie auf zu gewerkschaftlicher Mitarbeit und ermahnte sie, ihren Männern kein Hindernis zu sein in der Ausübung ihrer gewerkschaftlichen Pflichten. Seine von echtem gewerkschaftlichem Geiste getragenen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und sind bestimmt auf fruchtbaren Boden gefallen.

Einige Mitglieder der Jugendgruppe Bern-Solingen führten dann den Einakter „Der Stenographenbauer“ auf, der, sehr gut wiedergegeben, große Heiterkeit erzeugte. Auch im weiteren Verlauf des Abends gab es viel zu lachen durch vortrefflich vorgetragene heitere Rezitationen. Hierauf folgte eine Verlosung wertvoller Gegenstände, die glatt vonstatten ging, alles umrahmt von Musikvorträgen. Dann wurde noch das Tanzbein geschwungen, und man sah recht entzückte Gesichter, als der Vorsitzende wegen vorge-rückter Stunde zum Aufbruch mahnte. Viel zu schnell waren die schönen Stunden verflossen, und alle hatten nur den einen Wunsch, recht bald wieder eine solche schöne, gemütliche Familienfeier miterleben zu dürfen.

Den Kollegen noch zur Kenntnis, daß unsere nächste Versammlung am letzten Donnerstags-tag im Januar stattfindet, mit anschließender, gemüthlicher Unterhaltung und Musikvorträgen. Auch unsere Frauen sind willkommen. Für alle Kollegen ist es Ehrensache, die Versammlungen zu besuchen. Die bevorstehenden Verhandlungen zwecks Erneuerung des Reichstatarifvertrages, sowie zu erwartende, schwere Kämpfe im Frühjahr bedingen rückgratfeste Gewerkschaftler. Das Zeug hierzu holen wir uns in den Versammlungen.

Berwaltungsstelle Landeshut i. Schl. Am Sonntag, den 2. Dezember, hielt die Verwaltungsstelle im „Schützenhaus“ eine Mitgliederversammlung ab, die besser besucht war als die vorige. In Verbindung des Vorsitzenden wurde sie vom Kassierer mit begrüßenden Worten eröffnet. Unser Bezirksleiter, Kollege Franz Leuninger (Breslau), hielt einen Vortrag über das Thema: „Die Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung.“ Er kam eingangs seines Vortrages auf die frühere Erwerbslosenfürsorge zu sprechen, um im Verlaufe auf die heutige Arbeitslosenversicherung näher einzugehen. Mit Entrüstung wurde dagegen protestiert, daß man die Bauarbeiter als sogenannte „Saisonarbeiter“ in der Arbeitslosenversicherung unter ein Ausnahmerecht stellen wolle. Daß die Bauarbeiter im günstigsten Falle nur ein halbes Jahr Arbeit im Verufe hat, liege an der unzulänglichen Finanzierung des Wohnungsbaues. Die Bauarbeiter würden lieber das ganze Jahr hindurch arbeiten, als die Unterstützung in Anspruch zu nehmen, fordern aber, daß man ihre ungünstigen Arbeitsverhältnisse berücksichtige. Der Referent nahm auch die Tätigkeit des jetzigen Reichsarbeitsministers kritisch unter die Lupe. Die Ausführungen des Koll. Leuninger fanden allgemeinen Beifall und zeitigten eine rege Aussprache. Zu Kassenrevisoren wurden die Kollegen Neugebauer und Tanzmann gewählt. Nach Erledigung interner Angelegenheiten der Verwaltungsstelle forderte Koll. Leuninger in seinem Schlusswort die Anwesenden auf, in den kommenden Wintermonaten tüchtig zu agitiere und die Verwaltungsstelle wieder ein Stück vorwärtszubringen.

Don den Arbeitsstellen

Schweres Bauunglück

Dortmund. Die Firma Biemer u. Trachte führt für die Aktien-Brauerei, Rheinfelde Strasse, ein neues Kesselhaus aus. Die Mägen- und Kohlenflöße waren bereits fertiggestellt. Man war im Begriff, die Betonträger, die das Dach des Kesselhauses tragen sollten, herzustellen. Ploßlich brach das Gerüst in sich zusammen und somit auch die beiden neu betonierten Träger. 8 Arbeiter wurden mit in die Tiefe gerissen. Davon mußten sechs in das Krankenhaus transportiert werden, zwei konnten nach Anlegung eines Notverbandes in ihre Wohnung entlassen werden. Zwei Berunglückte sind schwer verletzt, darunter unser Kollege Wilhelm Brauns-hausen, der eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Die anderen haben Arm- und Beinbrüche und sonstige Verletzungen davongetragen.

Der Schuldige an dem Unglück ist das heutige Bauwesen. Es ist Mode geworden, daß auch die größten und höchsten Bauten in so kurzen Fristen fertiggestellt werden müssen, daß der Bauleitung sowie auch dem Arbeiter keine Zeit bleibt, um nachzusehen, ob auch die notwendigen Bauarbeiterausrichtungen vorhanden sind. Würde doch wegen Nichtbe-folgung der Bauarbeiterausbestimmungen die Bau-polizei auf dieser Baustelle zwei Strafmandate er-gehen lassen.

Bedauerlicherweise hat der Baudelegierte des freien Zimmererverbandes, als der Stadt. Baute-nkontrollleur die Mängel kritisierte und Abänderung for-derte, den Baute-nkontrollleur bedroht und be-schimpft. Also auch die Arbeiter haben schuld. Es ist bedauerlich, daß selbst Baudelegierte, welche die Pflicht haben, darüber zu wachen, daß die bau-polizeilichen Vorschriften beachtet werden, gegen den Baute-nkontrollleur vorgehen und denselben be-schimpfen, wenn er auf die Mängel aufmerksam macht und Abhilfe verlangt.

Es werden, wenn diese kurzfristigen Fertigstellungs-termeine bestehen bleiben, noch größere Bauunglücke folgen. In früheren Zeiten legte man gerade bei großen Bauvorhaben Wert darauf, die baupolizeilichen Vorschriften zu beachten. Das Treiberystem war nicht in diesem Maße vorhanden. Heute treibt der Archi-tekst den Unternehmer, der Unternehmer den Bau-führer, der Bauführer den Polier, und der Polier muß notgedrungen dann die Arbeiter antreiben. Wer dieses nicht tut, ist erledigt. Gerade an diesen großen Bauten ist das Treiberystem heute ungeheuerlich ge-worden. Es sind Galoppbauten im wahren Sinne des Wortes. Aufgabe der Arbeitgeber und Arbeit-nehmer muß es sein, sich geschlossen gegen dieses System zu wehren, wenn wir nicht ein zweites Prag er-leben wollen.

Bekanntmachungen

An die zureisenden Mitglieder der Bezirke Frankfurt a. M., Hannover und Paderborn!

Bekanntlich hat unsere Danziger General-versammlung beschlossen, die Erwerbslosenunterstützung ab 1. Oktober d. J. wieder einzuführen. Mitglieder, die in den vorgenannten Bezirken heimatisiert sind, demnächst zureisen und Anspruch auf Erwerbslosen-unterstützung erheben, müssen sich in den Ortsgruppen ihrer Arbeitsorte ordnungsgemäß ab- und in ihren Heimatsorten anmelden. Wo in der Heimat keine Ortsgruppen bestehen, aber mehrere Mitglieder in Frage kommen, wird diesen empfohlen, entweder eine Winterzahlstelle zu gründen, oder aber einen Ver-trauensmann für den Verkehr mit der Hauptkasse und Bezirksleitung zu bestimmen. Wo die Möglich-keit zum Anschluß an eine benachbarte Verwaltungs-stelle besteht, hat dieser zu erfolgen.

Die Vorstände der Ortsgruppen bzw. die Ver-trauensleute werden ersucht, die Häuser derjenigen Mitglieder, die Anspruch auf Unterstützung erheben, einzuziehen und, wenn möglich, in einer Sammel-sendung den zuständigen Verwaltungsstellen oder Bezirksleitern zu übermitteln. Zureisende Mitglieder, die sich nicht ordnungsgemäß abgemeldet haben, müssen sich zur Erreichung ihrer Unterstützung an den Vorstand ihrer seitherigen Verwaltungsstelle oder Ortsgruppe wenden.

- Die Bezirksleiter:**
Schleicher,
Frankfurt a. M., Bleichstraße 62.
Werner,
Paderborn, Schulstraße 37.
Zumbrod,
Hannover, Steintorfeldstraße 2.

Verwaltungsstelle Fulda

Am 23. Dezember, nachmittags 3 Uhr, hält die Ortsgruppe Hofensfeld im Saale des Gastwirts Möller eine wichtige Mitglieder-versammlung ab, wozu hiermit alle Mitglieder von Hofensfeld und Um-gegend eingeladen werden. Mitgliedsbuch ist mitzu-bringen. Keiner darf fehlen!

- Der Vorstand, J. A. August Krönung.
Am 26. Dezember, nachmittags 3 Uhr, feiert die Ortsgruppe Giesel ihr 25jähriges Bestehen mit Ehrung der Jubilare und Christbaumverlosung. Hierzu werden alle Mitbegründer und Mitglieder von Giesel und Umgegend herzlich eingeladen.
Der Vorstand, J. A. Ferdinand Jahn.

Unser Verbandskalender für 1929

ist versandfertig. Preis je Stück (einschließlich Porto) 70 Pf.
Man wolle möglichst Sammelbestellungen machen.
Der Versand erfolgt nur per Postnachnahme.
Anschrift: Hauptvorstand, Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3.

Sterbetafel

- Am 28. Oktober starb unser lieber Kollege Sguaz Eisler im Alter von 27 Jahren infolge eines Motorradunfalles.
Verwaltungsstelle Offen.
Am 24. November starb unser treuer Kollege, der Zimmerer Paul Krüger, im Alter von 68 Jahren an Herzschlag.
Verwaltungsstelle Danzig.
Am 29. November starb infolge Herzlähmung unser lieber Kollege, der Bauhilfsarbeiter Franz Josef Greif, im Alter von 64 Jahren.
Verwaltungsstelle Rempten.
Ehre Ihrem Andenken!